

# Inhaltsübersicht

<i>1. Kapitel</i>	
<b>Einleitung und Gang der Untersuchung</b>	27
<i>2. Kapitel</i>	
<b>Begriffsbestimmungen</b>	33
A. Bodenschutz .....	33
I. Begriff des Bodenschutzes .....	33
II. Einteilung des Bodenschutzes .....	36
B. Planungsinstrumente .....	38
I. Begriff und Einteilung .....	38
II. Planung als Instrument des Umweltrechts .....	39
C. Planung als Instrument des Bodenschutzes .....	40
I. Instrumente und Ausrichtung des bestehenden Bodenschutzrechts .....	40
II. Aufgabenbereich des Bodenschutzes und Planung .....	41
<i>3. Kapitel</i>	
<b>Mittelbarer Bodenschutz durch Planung</b>	43
A. Recht der überörtlichen Gesamtplanung .....	44
I. Aufbau und Instrumente des Raumordnungsrechts .....	44
II. Bodenschutz und Raumordnungsrecht .....	48
III. Bodenschutzaspekte in den Vorgaben der Landes- und Regionalplanung .....	52
IV. Insbesondere: Die Ausweisung von Vorranggebieten (§ 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 1 ROG) zum Schutz des Bodens .....	67

V. Zwischenergebnis .....	91
<b>B. Recht der Bauleitplanung .....</b>	<b>93</b>
I. Die Bedeutung des Rechts der Bauleitplanung für den Bodenschutz im Überblick .....	93
II. Ansatzpunkte des Bodenschutzes .....	94
III. Zwischenergebnis .....	106
<b>C. Fachplanungen außerhalb des Bodenschutzrechts .....</b>	<b>107</b>
I. Allgemeines .....	107
II. Zu den Fachplanungen im Einzelnen .....	108
III. Bodenschutz in der planerischen Umweltprüfung .....	123
IV. Zwischenergebnis .....	124
 <i>4. Kapitel</i>	
<b>Fachplanungen des Bodenschutzes .....</b>	<b>125</b>
A. Allgemeines .....	125
B. Gebietsbezogene Maßnahmen des Bodenschutzes, § 21 Abs. 3 BBodSchG .....	126
I. Begriffliche Einordnung als Instrument der Bodenfachplanung .....	127
II. Reichweite des gebietsbezogenen Bodenschutzes nach § 21 Abs. 3 BBodSchG ..	131
III. Bundesrechtlich vorgegebene Rahmenbedingungen und Inhalt der aufgrund § 21 Abs. 3 BBodSchG zu erlassenden Regelungen .....	162
IV. Landesrechtlich eingeführte Bodenfachplanungen .....	167
C. Weitere Möglichkeiten der Gebietsfestsetzung im Bereich Bodenschutz .....	175
I. Bodenschutzplanung in Sachsen-Anhalt? .....	175
II. Gebiete nach § 12 Abs. 10 S. 2 BBodSchV .....	175
D. Sanierungsplanung nach §§ 13 und 14 BBodSchG .....	176
I. Struktur und Anwendungsbereich der Sanierungsplanung .....	177
II. Fachplanungscharakter der Sanierungsplanung .....	201

III. Zwischenergebnis .....	209
E. Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	209
I. Allgemeines .....	209
II. Bodenschutz durch das Umweltschadensgesetz .....	211
III. Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	218
IV. Zwischenergebnis .....	229
F. Konzeption und Potenzial der Fachplanungen .....	230

*5. Kapitel*

<b>Bodenschutzplanung im Europäischen Umweltrecht</b>	232
A. Zum Stand des europäischen Bodenschutzrechts .....	232
I. Allgemeines .....	232
II. Europäisches Umweltrecht .....	233
III. Bodenschützende Regelungen im EU-Recht .....	234
IV. Weiteres EU-Recht, insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik .....	238
V. Zwischenergebnis .....	239
B. Der Entwurf einer Bodenrahmenrichtlinie im Überblick .....	240
I. Zum Hintergrund des Entwurfs .....	240
II. Rechtliche Rahmenbedingungen eines zielgerichteten Bodenschutzes .....	241
III. Inhalt des Richtlinienentwurfs in der Übersicht .....	244
IV. Ausblick: Zum Stand der Bemühungen um eine Bodenrahmenrichtlinie .....	249
C. Planungsinstrumente im Entwurf der Bodenrahmenrichtlinie .....	251
I. Charakter der Instrumente .....	251
II. Planungsinstrumente im Einzelnen .....	252

<b>D. Folgerungen für das deutsche Bodenschutzrecht</b> . . . . .	253
I. Grundprobleme der Umsetzung von Planerstellungspflichten . . . . .	253
II. Zur Eignung der deutschen Bodenschutzplanungen zur Umsetzung einer künftigen Bodenrahmenrichtlinie . . . . .	255
<b>Zusammenfassung</b> . . . . .	259
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	271
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	294

# Inhaltsverzeichnis

<i>1. Kapitel</i>	
<b>Einleitung und Gang der Untersuchung</b>	27
<i>2. Kapitel</i>	
<b>Begriffsbestimmungen</b>	33
A. Bodenschutz .....	33
I. Begriff des Bodenschutzes .....	33
1. Sachliche und räumliche Eingrenzung .....	33
2. Funktionaler Bodenschutz .....	35
II. Einteilung des Bodenschutzes .....	36
1. Einteilung unter sachlichen Gesichtspunkten .....	36
a) Gegenstand des Bodenschutzes .....	36
b) Übliche Unterscheidungen .....	37
2. Einteilung unter rechtssystematischen Gesichtspunkten .....	38
B. Planungsinstrumente .....	38
I. Begriff und Einteilung .....	38
II. Planung als Instrument des Umweltrechts .....	39
C. Planung als Instrument des Bodenschutzes .....	40
I. Instrumente und Ausrichtung des bestehenden Bodenschutzrechts .....	40
II. Aufgabenbereich des Bodenschutzes und Planung .....	41
<i>3. Kapitel</i>	
<b>Mittelbarer Bodenschutz durch Planung</b>	43
A. Recht der überörtlichen Gesamtplanung .....	44
I. Aufbau und Instrumente des Raumordnungsrechts .....	44
1. Gesetzliche Grundlagen .....	44

2. Ebenen und Stufenbau der Raumordnung .....	45
a) Raumordnung im Bund .....	45
b) Raumordnung auf Landesebene .....	45
3. Steuerungsinstrumente der Raumordnung .....	46
a) Grundsätze und sonstige Erfordernisse der Raumordnung .....	47
b) Ziele der Raumordnung .....	47
<b>II. Bodenschutz und Raumordnungsrecht .....</b>	<b>48</b>
1. Steuerungswirkung des Raumordnungsrechts .....	48
a) Bodenschutz im Aufgabenbereich des Raumordnungsrechts .....	48
b) Ansatzpunkt und Wirkungsweise .....	50
2. Raumordnungsrecht und funktionaler Bodenschutz .....	51
<b>III. Bodenschutzaspekte in den Vorgaben der Landes- und Regionalplanung .....</b>	<b>52</b>
1. Gesetzlicher Rahmen für den Bodenschutz .....	52
a) Bundesrechtliche Vorgaben im Raumordnungsgesetz .....	52
aa) Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung .....	52
(1) Rolle des Bodenschutzes innerhalb der Leitvorstellung der nachhaltigen Raumentwicklung .....	53
(a) Standort in der gesetzlichen Regelung .....	53
(b) Gewicht der ökologischen Funktionen .....	53
(2) Rechtswirkungen der Leitvorstellung der Raumordnung .....	55
(3) Grundsatz der nachhaltigen Raumentwicklung als Optimierungsgebot? .....	55
bb) Grundsätze der Raumordnung, § 2 Abs. 2 ROG .....	57
b) Ergänzende Vorgaben der Landesplanungsgesetze .....	58
2. Bodenschützende Festsetzungen in den Raumordnungsplänen .....	59
a) Festlegung von Grundsätzen in den Raumordnungsplänen und Berücksichtigung in der Abwägung .....	60
aa) Exemplarische Grundsätze in Raumordnungsplänen mit Bezug zum Bodenschutz .....	60
bb) Bindungswirkung der Grundsätze der Raumordnung .....	61
b) Weitreichende Steuerungswirkung durch Ziele der Raumordnung .....	63
aa) Charakter der Ziele der Raumordnung .....	63
(1) Bindungswirkung der Ziele der Raumordnung .....	63
(2) Zu den Anforderungen an die Wirksamkeit der Ziele .....	64
bb) Exemplarische Ziele in Raumordnungsplänen mit Bezug zum Bodenschutz .....	65

IV. Insbesondere: Die Ausweisung von Vorranggebieten (§ 8 Abs. 7 S. 1 Nr. 1 ROG)	
zum Schutz des Bodens .....	67
1. Zielgerichteter Bodenschutz im mittelbaren Bodenschutzrecht .....	67
2. Entstehung und Hintergrund des Instruments der Vorranggebiete .....	69
a) Zur Regelung der Vorranggebiete im Raumordnungsgesetz .....	69
b) Landesrechtliche Umsetzung .....	70
3. Anwendbarkeit und Eignung des Instruments .....	70
a) Möglicher Inhalt der Gebietsfestlegungen .....	70
aa) Tatbestandliche Voraussetzungen .....	70
bb) Anknüpfungspunkte für den Bodenschutz .....	71
(1) Freiraumstruktur .....	71
(2) Siedlungsstruktur und Infrastruktur .....	72
cc) Wirkungen der Festsetzungen zum Schutz des Bodens .....	73
(1) Relevante Bodenschutzaufgaben .....	73
(2) Vorsorgende Festsetzungen .....	74
b) Überholte Variationen durch Landesrecht .....	75
c) Beschränkungen des Raumordnungsrechts .....	76
aa) Voraussetzungen aufgrund der Wirkung der Vorranggebiete .....	76
bb) Aufgabenbereich der Raumordnung .....	77
(1) Wesentliche Kriterien der Einhaltung des Aufgabenbereichs .....	77
(2) Überörtlichkeit der Raumordnung .....	78
(a) Grundlage und Funktion der Anforderung der Überörtlichkeit ..	78
(b) Inhärente Überörtlichkeit der Vorranggebiete? .....	79
(c) Anforderungen an die Überörtlichkeit .....	80
(d) Die Anforderung der sachlichen Überörtlichkeit .....	81
(3) Überfachlichkeit der Raumordnung .....	82
(a) Grundlage und Funktion der Anforderung der Überfachlichkeit ..	82
(b) Inhärente Überfachlichkeit von Vorranggebieten? .....	84
(c) Anforderungen an die Überfachlichkeit .....	84
(d) Besonderheiten der Überfachlichkeit im Verhältnis zu Umweltplanungen .....	86
4. Wirkungen und Rechtsfolgen .....	87
a) Zur gesetzlichen Regelung und allgemeinen Bindungskraft .....	87
b) Umfang der Schutzwirkung .....	87
aa) Ausschluss nicht vereinbarer Nutzungen .....	87
bb) Ausschluss raumbedeutsamer Nutzungen .....	88
cc) Formulierung der Vorranggebietsfestlegung .....	89

c) Differenziertheit der Schutzwirkung .....	89
d) Wirkungen hinsichtlich der Anliegen des Bodenschutzes .....	90
<b>V. Zwischenergebnis .....</b>	<b>91</b>
<b>B. Recht der Bauleitplanung .....</b>	<b>93</b>
I. Die Bedeutung des Rechts der Bauleitplanung für den Bodenschutz im Überblick	93
II. Ansatzpunkte des Bodenschutzes .....	94
1. Gesetzliche Anforderungen an die Bauleitplanung .....	94
2. Insbesondere: Die Bodenschutzklausel des § 1a Abs. 2 S. 1 BauGB .....	96
a) Gesetzliche Regelung .....	96
b) Bodenschutzklausel als Optimierungsgebot? .....	97
c) Zur Gewichtung der Belange des Bodenschutzes in der Rechtsprechung ..	100
3. Inhaltliche Festlegungen .....	101
4. Insbesondere: Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden .....	102
a) Gesetzliche Regelungssystematik .....	102
b) Zulässigkeit bodenschützender Festsetzungen .....	103
5. Bodenschützende Festsetzungen durch bauordnungsrechtliche Instrumente ..	106
III. Zwischenergebnis .....	106
<b>C. Fachplanungen außerhalb des Bodenschutzrechts .....</b>	<b>107</b>
I. Allgemeines .....	107
II. Zu den Fachplanungen im Einzelnen .....	108
1. Naturschutzrecht .....	108
a) Landschaftsplanung .....	108
aa) Aufbau und Charakter der Landschaftsplanung .....	108
bb) Bodenschutz in der Landschaftsplanung .....	109
b) Gebiets- und Objektschutz .....	112
2. Wasserrecht .....	116
a) Wasserschutzgebiete .....	116
b) Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne .....	117
c) Überschwemmungsgebiete .....	118
3. Landwirtschaftsrecht .....	119
4. Düngemittelrecht .....	120

5. Forstrecht .....	122
III. Bodenschutz in der planerischen Umweltprüfung .....	123
IV. Zwischenergebnis .....	124
<i>4. Kapitel</i>	
<b>Fachplanungen des Bodenschutzes</b>	125
A. Allgemeines .....	125
B. Gebietsbezogene Maßnahmen des Bodenschutzes, § 21 Abs. 3 BBodSchG .....	126
I. Begriffliche Einordnung als Instrument der Bodenfachplanung .....	127
1. Gebietsbezogene Maßnahmen in den Kategorien des Raumordnungsrechts ..	127
2. Materieller Planungscharakter der gebietsbezogenen Maßnahmen .....	128
a) Zum materiellen Begriff der Planung .....	128
b) Gebietsbezogene Maßnahmen als Fachplanung des Bodenschutzes .....	129
aa) Einordnung der gebietsbezogenen Maßnahmen .....	129
bb) Zur Bedeutung der Einordnung als Bodenfachplanung .....	130
II. Reichweite des gebietsbezogenen Bodenschutzes nach § 21 Abs. 3 BBodSchG ..	131
1. Anwendungsbereich .....	131
2. Maßnahmen in Gebieten mit flächenhaft schädlichen Bodenveränderungen ..	132
a) Begriff der schädlichen Bodenveränderung .....	132
aa) Beeinträchtigung von Bodenfunktionen .....	133
bb) Gefahren, erhebliche Nachteile oder Belästigungen für den Einzelnen oder die Allgemeinheit .....	133
b) Konkretisierung des Begriffs der schädlichen Bodenveränderung .....	135
aa) Rolle der Prüf- und Maßnahmewerte der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung im Rahmen des § 21 Abs. 3 BBodSchG .....	135
bb) Regelungsumfang der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung ..	136
(1) Zur Verwendung des Begriffs der Gefahrenabwehr .....	136
(2) Gefahrenabwehr in der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung .....	137
cc) Relevanz der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung für die Anwendung des § 21 Abs. 3 BBodSchG .....	138
c) Begriff der flächenhaft schädlichen Bodenveränderung .....	139
aa) Bedeutung des Merkmals der Flächenhaftigkeit .....	139
bb) Bestimmung der Flächenhaftigkeit nach der Größe des Gebietes? ..	140

cc) Bestimmung der Flächenhaftigkeit nach der Funktion des Merkmals .....	141
(1) Grundlegender Regelungsgehalt der Norm .....	141
(2) Merkmal der Notwendigkeit des planerischen Vorgehens .....	142
(3) Folgerungen für die Auslegung des Merkmals „flächenhaft“ .....	143
d) Konkretisierung der Eingriffsschwelle: Auftreten und zu erwarten sind .....	144
aa) Einordnung des Merkmals in den Tatbestand des § 21 Abs. 3 BBodSchG	144
bb) Zum Verhältnis von Vorsorge und Gefahrenabwehr .....	145
(1) Begriff des Vorsorgeprinzips .....	145
(2) Vorsorge im Bundes-Bodenschutzgesetz .....	146
(3) Folgerungen für das Verhältnis von Vorsorge und Gefahrenabwehr ..	148
cc) Vorsorgebezug der Variante „zu erwarten sind“ .....	149
(1) Verhältnis zur Vorsorge in § 7 BBodSchG .....	149
(2) Auslegung der Variante „zu erwarten sind“ .....	150
(a) Abgrenzung zur Vorsorge in § 7 BBodSchG .....	150
(b) Bedeutung der Werte der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung .....	151
e) Zwischenergebnis .....	152
3. Weitere Regelungen über gebietsbezogene Maßnahmen .....	153
a) Möglichkeit der Einführung andersartiger gebietsbezogener Maßnahmen ..	153
b) Inhaltliche Erweiterung des § 21 Abs. 3 Hs. 1 BBodSchG .....	156
aa) Anforderungen aus dem Bundes-Bodenschutzgesetz .....	157
bb) Sperrwirkung der Vorsorgeanforderungen des Bundes-Bodenschutzgesetzes .....	157
(1) Hintergrund einer möglichen Sperrwirkung .....	157
(2) Abschließender Charakter der Regelung der Vorsorge .....	158
(3) Sperrwirkung im Bereich der landwirtschaftlichen Bodennutzung ..	159
4. Zwischenergebnis .....	161
III. Bundesrechtlich vorgegebene Rahmenbedingungen und Inhalt der aufgrund § 21 Abs. 3 BBodSchG zu erlassenden Regelungen .....	162
1. Bezeichnung und Rechtsform der Gebiete .....	162
2. Räumliche Abgrenzung der Gebiete .....	163
3. Mögliche Maßnahmen aufgrund der Gebietsausweisung .....	166
IV. Landesrechtlich eingeführte Bodenfachplanungen .....	167
1. Entwicklung und Bestandsaufnahme .....	167
2. Gebiete mit Bezug allein auf schädliche Bodenveränderungen .....	169
a) Hamburg .....	169

b) Mecklenburg-Vorpommern .....	169
c) Niedersachsen .....	171
d) Sachsen .....	171
3. Gebiete mit weiterem Anwendungsbereich .....	171
a) Baden-Württemberg .....	171
b) Nordrhein-Westfalen .....	173
c) Bremen .....	173
d) Rheinland-Pfalz .....	174
e) Sachsen-Anhalt .....	174
4. Zwischenergebnis .....	174
 C. Weitere Möglichkeiten der Gebietsfestsetzung im Bereich Bodenschutz .....	175
I. Bodenschutzplanung in Sachsen-Anhalt? .....	175
II. Gebiete nach § 12 Abs. 10 S. 2 BBodSchV .....	175
 D. Sanierungsplanung nach §§ 13 und 14 BBodSchG .....	176
I. Struktur und Anwendungsbereich der Sanierungsplanung .....	177
1. Inhaltliche Bestimmung durch die „Private“ Sanierungsplanung nach § 13 BBodSchG .....	177
a) Anwendungsbereich .....	177
aa) Qualifizierte Altlasten .....	177
bb) „Qualifizierte Schädliche Bodenveränderungen“ .....	178
(1) Inhalt der bundesrechtlichen Öffnungsklausel .....	178
(2) Reichweite der Öffnungsklausel .....	179
(a) Wortlaut der Regelung .....	179
(b) Systematische und teleologische Erwägungen .....	180
(c) Umsetzung in der Landesgesetzgebung .....	180
(d) Zwischenergebnis .....	181
cc) Sanierungsplanung auch bei nicht qualifizierten Altlasten? .....	181
b) Inhalt des Sanierungsplans .....	182
c) Auswahl von Maßnahmen und Adressaten .....	183
aa) Entschließungsermessens der Behörde .....	183
bb) Auswahl der Maßnahmen .....	184
cc) Auswahl des Adressaten .....	185
d) Umsetzung der Planung .....	186

2. Zusatzvoraussetzungen der behördlichen Sanierungsplanung nach § 14 BBodSchG .....	187
a) Allgemeines und Relevanz der einzelnen Konstellationen .....	187
b) Voraussetzungen der behördlichen Sanierungsplanung nach § 14 S. 1 Nr. 3 BBodSchG .....	189
aa) Koordiniertes Vorgehen aufgrund der Anzahl der Verpflichteten, § 14 S. 1 Nr. 3 Var. 3 BBodSchG .....	189
(1) Allgemeines und Inhalt der Tatbestandsvariante .....	189
(2) Eingrenzung durch eine fachlich begründete Koordinationsnotwendigkeit? .....	190
(3) Kriterium der fachlich oder rechtlich begrenzten Verantwortlichkeit	191
bb) Koordiniertes Vorgehen aufgrund der Beschaffenheit der Altlast, § 14 S. 1 Nr. 3 Var. 1 und 2 BBodSchG .....	191
(1) Inhalt des Tatbestandes .....	191
(2) Auslegung des § 14 S. 1 Nr. 3 Var. 1 und 2 BBodSchG .....	192
(a) Inhaltliche Bezugspunkte der Regelung .....	192
(b) Abgrenzung zu den Nachbarvorschriften .....	193
(3) Lösungsansätze der Literatur .....	193
(4) Stellungnahme zum Anwendungsbereich der Vorschrift .....	195
(a) § 14 S. 1 Nr. 3 Var. 1 BBodSchG .....	195
(b) § 14 S. 1 Nr. 3 Var. 2 BBodSchG .....	196
(5) Zwischenergebnis .....	196
c) Entscheidungsspielräume der Behörde .....	197
aa) Beurteilungsspielraum hinsichtlich der Erforderlichkeit der Planung .....	197
bb) Sanierungsplanung und Grundsatz der Verhältnismäßigkeit .....	197
cc) Kostentragung als Hintergrund der Verhältnismäßigkeitsüberlegungen .....	198
dd) Anordnung nach § 13 Abs. 1 BBodSchG als Voraussetzung der behördlichen Sanierungsplanung? .....	200
ee) Notwendigkeit der Planung als wesentlicher Aspekt .....	200
d) Zwischenergebnis .....	201
II. Fachplanungscharakter der Sanierungsplanung .....	201
1. Zur Problemstellung .....	201
2. Fachplanungscharakter der privaten Sanierungsplanung .....	203
a) Inhalt der Sanierungsplanung .....	203
aa) Funktion der Sanierungsplanung .....	203
bb) Sanierungsplanung als gestalterische Entscheidung .....	204

b) Verfahren der Sanierungsplanung .....	205
aa) Relevanz der Urheberschaft der Planung? .....	205
bb) Staatliche Festsetzung der Planung .....	206
3. Besonderheiten der behördlichen Sanierungsplanung nach § 14 S. 1 Nr. 3 BBodSchG .....	208
a) Sanierungsplanung als öffentliche Aufgabe .....	208
b) Abgrenzung zur Vollstreckungstätigkeit .....	208
III. Zwischenergebnis .....	209
E. Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	209
I. Allgemeines .....	209
II. Bodenschutz durch das Umweltschadensgesetz .....	211
1. Zur Konzeption des Umweltschadensgesetzes .....	211
a) Die Umwelthaftungsrichtlinie als Hintergrund .....	211
b) Umsetzung im Umweltschadensgesetz .....	213
2. Sonderstellung des Schutzgutes Boden .....	214
a) Begriff des Bodens .....	214
b) Begriff des Umweltschadens .....	214
c) Rechtsfolgen .....	215
3. Zwischenergebnis .....	217
III. Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	218
1. Anwendungsbereich der Vorschrift .....	218
a) Allgemeines .....	218
b) Zum Vergleich: Anwendungsbereich der Sanierungsplanung im Bundes-Bodenschutzgesetz .....	219
c) Altlasten und Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	220
d) Eigenständige Bedeutung der Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	220
aa) Vom Bundes-Bodenschutzgesetz nicht abgedeckter Anwendungsbereich .....	220
bb) Auswirkungen auf das Bodenschutzrecht .....	222
2. Verfahren der Sanierungsplanung nach § 8 USchadG .....	223
a) Gesetzliche Regelung .....	223
b) Parallelen zur Altlasten-Sanierungsplanung nach §§ 13, 14 BBodSchG .....	223
c) Zur Problematik einer allein behördlichen Sanierung .....	224

3. Planungscharakter der Entscheidung der Behörde .....	226
a) Sanierungsplanung als behördliche Entscheidung .....	226
b) Elemente der behördlichen Entscheidung .....	226
c) Bestimmung von Sanierungsmaßnahmen als Gestaltungsentscheidung .....	227
4. Bedeutung der Sanierungsplanung nach dem Umweltschadensgesetz .....	229
IV. Zwischenergebnis .....	229
F. Konzeption und Potenzial der Fachplanungen .....	230
 <i>5. Kapitel</i>	
<b>Bodenschutzplanung im Europäischen Umweltrecht</b>	232
A. Zum Stand des europäischen Bodenschutzrechts .....	232
I. Allgemeines .....	232
II. Europäisches Umweltrecht .....	233
III. Bodenschützende Regelungen im EU-Recht .....	234
1. Bestimmungen bezüglich anderer Umweltmedien .....	234
2. Regelungen des kausalen Umweltschutzes .....	235
3. Übergreifende Konzepte .....	237
IV. Weiteres EU-Recht, insbesondere die Gemeinsame Agrarpolitik .....	238
V. Zwischenergebnis .....	239
B. Der Entwurf einer Bodenrahmenrichtlinie im Überblick .....	240
I. Zum Hintergrund des Entwurfs .....	240
II. Rechtliche Rahmenbedingungen eines zielgerichteten Bodenschutzes .....	241
1. Kompetenz und Beschlussverfahren .....	241
2. Subsidiarität .....	242
III. Inhalt des Richtlinienentwurfs in der Übersicht .....	244
1. Allgemeine Bestimmungen .....	244
2. Regelung zum quantitativen Bodenschutz (Flächenverbrauch) .....	245
3. Nichtstofflicher Bodenschutz .....	246
4. Sanierung .....	247
5. Sensibilisierung, Berichterstattung, Informationsaustausch .....	248

IV. Ausblick: Zum Stand der Bemühungen um eine Bodenrahmenrichtlinie . . . . .	249
C. Planungsinstrumente im Entwurf der Bodenrahmenrichtlinie . . . . .	251
I. Charakter der Instrumente . . . . .	251
II. Planungsinstrumente im Einzelnen . . . . .	252
1. Maßnahmenprogramme im nichtstofflichen Bodenschutz . . . . .	252
2. Nationale Sanierungsstrategie im stofflichen Bodenschutz . . . . .	253
D. Folgerungen für das deutsche Bodenschutzrecht . . . . .	253
I. Grundprobleme der Umsetzung von Planerstellungspflichten . . . . .	253
II. Zur Eignung der deutschen Bodenschutzplanungen zur Umsetzung einer künftigen Bodenrahmenrichtlinie . . . . .	255
1. Maßnahmenplanung nach der Bodenrahmenrichtlinie . . . . .	255
2. Sanierung nach der Bodenrahmenrichtlinie . . . . .	257
<b>Zusammenfassung</b> . . . . .	259
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	271
<b>Stichwortverzeichnis</b> . . . . .	294